

WEM GEHÖRT DAS LAND?

ÜBER DEN KAMPF UM LANDBESITZ IN KOLUMBIEN

Die Frage nach dem rechtmäßigen Grundbesitz ist stets Dreh- und Angelpunkt im Verlauf der kolumbianischen Geschichte gewesen. Heute kann anhand des Gini Koeffizienten, ein Index für Ungleichverteilungen, die Konzentration des Grundbesitzes in den Händen Weniger veranschaulicht werden: Dieser lag in Kolumbien für das Jahr 2015 bei 0,87, der Höchstwert beträgt 1. Kolumbien hat damit einen der höchsten Landkonzentrationskoeffizienten der Welt. Im Jahr 2013 besaßen 0,4 % der Grundbesitzer_innen 62,6 % der Fläche Kolumbiens.¹

Nach der kolumbianischen Verfassung bestimmt der Staat die spezifische Nutzung des Bodens. Das Agrarministerium oder auch kommunale Verwaltungskörperschaften erlassen Bau- und Planungsverordnungen für ein Territorium und weisen demnach ein Gebiet für eine bestimmte Nutzung aus.

Von den 10,4 Millionen Hektar, die in Kolumbien den Nutzungsvorschriften nach für den Ackerbau bestimmt sind, werden jedoch nur 40 % für den Ackerbau genutzt. Auf der anderen Seite werden für die Viehzucht anstatt der dafür vorgesehenen 10,2 Millionen Hektar Land, 41,7 Millionen Hektar genutzt. Dies entspricht einer Übernutzung von 400 % des Bodens durch eine Branche, die ohnehin durch Großgrundbesitzer_innen oligarchisch strukturiert ist.

Besonders wichtig für die kolumbianische Industrie und somit für die Frage nach der Verteilung des Landes ist der Bergbau, der in Entwicklungsplänen der Regierung unter Juan Manuel Santos (Partido Social de Unidad Nacional) als die *locomotora de desarrollo* (zu Deutsch: die Lokomotive des Fortschritts) bezeichnet wurde. Berechtigungen für den Bergbau sind für 5 Millionen Hektar des Landes in Kolumbien erteilt, aber mittlerweile gibt es Anfragen für Bergbaulizenzen, die sich auf ein Gebiet von ca. 25 Millionen Hektar erstrecken. Dies entspricht etwa einem Viertel des gesamten Staatsterritoriums. Die bereits genehmigten Lizenzen für den Bergbau befinden sich in den Bergen der Anden im Westen des Landes, wo ca. 75 % der Bevölkerung leben.

In den letzten 40 Jahren hat die Landflucht in Kolumbien, der kapitalistischen Entwicklung des Landes folgend, kontinuierlich zugenommen und zur *decampesinación* (zu Deutsch: Entländlichung) des Landes geführt. Dass darüber hinaus der ländliche Raum oft als zurückgeblieben, und verarmt dargestellt wird, trägt dazu bei, die kapitalistische Idee von der Entwicklung der Wirtschaft durch Agrarindustrie von Monokulturen, Viehzucht und dem Bergbau voran- und die bis dato konventionelle Landarbeit zu vertreiben. Daneben spielt der Drogenhandel mit seinen sozia-

len, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen eine herausragende Rolle in der Geschichte Kolumbiens. Jene bedürfte einer eigenständigen Analyse, die hier jedoch nicht geleistet werden kann.

Der militärische und politische Kampf um Landbesitz

Die Transformation des Landes in Kolumbien ist in den bewaffneten, politischen und sozialen Konflikt eingebettet: eine Periode der Gewalt, die mittlerweile 70 Jahre anhält. Der Konflikt hat seinen Ursprung in der Frage nach dem rechtmäßigen Grundbesitz und dem Streit um den Zugang zu Land für die *campesino_as*². Seit den 1980er Jahren führen paramilitäre Streitkräfte im Wesentlichen die Interessen der oligarchischen Besitzklasse, Bourgeoisie und Drogenkartelle aus und bestimmen so über die Frage nach dem Landbesitz. Der Paramilitarismus ermöglicht die illegale Inbesitznahme des Landes und ebnet den Weg für nationale und internationale Megaprojekte des Ressourcenabbaus.

Zur Konsequenz hat der gewaltsame Landraub die schwere Verletzung der Menschenrechte der *campesino_as*, sowie die erzwungene Umsiedlung von 7 Millionen Menschen, die, um ihr eigenes Leben zu retten, in die wachsenden Armutsgürtel der Großstädte ziehen müssen.

Der Staat tritt in zwei Formen auf: Zum einen als regierende, politische Gewalt, die über die Lizenzen für Großprojekte der Agrarindustrie oder des Megabergbaus entscheidet und zum anderen als polizeiliche oder militärische Gewalt, die die Deterritorialisierung der Landbevölkerung Kolumbiens vollzieht. Die bisherigen Regierungen hatten gar kein oder nur ein geringes Interesse, die ungerechte Landverteilung zu verändern und haben stattdessen mit der kapitalistischen Marktlogik die Ressourcen verwaltet.

Die Landfrage: zwei mögliche Antworten

Bei den vier Jahre andauernden Friedensgespräche in Havanna, Kuba zwischen den *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo* (FARC-EP, zu Deutsch: Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee) und der kolumbianischen Regierung unter der Leitung des Präsidenten Juan Manuel Santos, die kürzlich beendet wurden, ist man sich über den ersten Punkt der Verhandlungsliste einig geworden: eine integrative Agrarreform hin zu einer gerechteren Umverteilung des kolumbianischen Bodens. Die tief liegende Wurzel des bewaffneten, politischen und sozialen Konflikts Kolumbiens soll damit gefasst werden.

Zwei Optionen der integrativen Bodenreform gibt es. Auf der einen Seite steht das Gesetz über die *Zonas de Interés de Desarrollo Rural, Económico y Social* (Abk: ZIDRES, zu Deutsch: Sonderzonen für die soziale und wirtschaftliche ländliche Entwicklung). Dem entgegensetzen sind die vor mehr als zwei Jahrzehnten in dem Gesetz 160 von 1994 eingerichteten *Zonas de Reserva Campe-*



Copyright: Miguel Sánchez Samacá

sina (ZRC geschützten Zonen für campesino_as).

Diese beiden Gesetze führen in unterschiedliche, wenn nicht sogar entgegengesetzte Richtungen und könnten entweder den Konflikt vertiefen oder den Friedensprozess voranbringen.

Der Ausweg aus dem bewaffneten Kampf wird nur durch die Lösung eines seiner schwerwiegendsten Probleme und historischen Ursachen möglich: die Frage nach der gerechten Verteilung des Grundbesitz.

Die Verschärfung des Konfliktes: das Gesetz ZIDRES

Das Gesetz 1776 aus dem Jahr 2016, ein Gesetzesvorschlag der liberalen Regierung unter Santos, regelt ZIDRES. Im Rahmen des 70 Jahre währenden bewaffneten, politischen und sozialen Konfliktes in Kolumbien haben nationale und multinationale Großgrundbesitzer_innen ihre Grundstücke und Ländereien für Immobilienspekulationen und Ausbeutung ausweiten können, rechtliche Schlupflöcher sowie die Vorhut der Paramilitärs waren behilflich. Ein Beispiel dafür ist der Fall Cargill: Um die rechtliche Beschränkung des Gesetzes ZIDRES zu umgehen, welche den Besitz einer bestimmten Fläche Land in den Händen nur eines Konzerns untersagt, gründete Cargill mit Unterstützung der Anwaltskanzlei Brigard & Urrutia 36 Briefkastenfirmen. Auf diese Weise konnte der größte multinationale Lebens- und Futtermittelkonzern der Welt 53.863 Hektar Brachland im kolumbianischen Hochland in seinen Besitz bringen. Einer Studie von Oxfam Kolumbien zufolge ermöglichte diese Strategie, dass Cargill in 30 Fällen den durch das Gesetz ZIDRES geregelten Höchstwert an Grundbesitz, der einer (juristischen) Person zustehen darf, überschreiten konnte.

Aida Pesquera, der Direktorin von Oxfam Kolumbien zufolge, sind die ZIDRES verfassungswidrig. Man habe einige kosmetische Veränderungen an vorherigen neoliberalen Regelungen vorgenommen, aber im Wesentlichen könne die Agrarindustrie Brachland in bestimmten ausgeschriebenen Zonen akkumulieren. Die vor Einführung des Gesetzes vollendete Landakkumulation werde legalisiert. Illegal und betrügerisch konzentriertes Land werde amnestiert, sodass die mangelhaften Zustände durch rechtliche Sicherheit nur scheinbar ausgebessert werden. Die Lizenzvergabe für Ländereien, die das Gesetz eigentlich regeln soll, werde bei dieser Vorgehensweise obsolet.³

Während der Verhandlungen zu dem Gesetz 1776 beklagte der oppositionelle Senator Jorge Robledo die Anwendbarkeit des Gesetzes auf den Fall Cargill. Die Konsequenz des Gesetzes sei, dass der Besitz von 55.863 Hektar der insgesamt 61.862 Hektar, die der Konzern unrechtmäßig besitzt, legalisiert würde. Ähnliches könne mit weiteren Unternehmen wie zum Beispiel dem transnationalen Konzern Pacific Energy in dem Verwaltungsgebiet

¹ Tierra en Colombia –Entre despojo y negocio Presentación de la situación actual de una problemática al centro del conflicto (2013) puede ser revisado acá <http://www.oidhaco.org/uploaded/content/article/666329106.pdf> (Stand: 14.09.2016).

² Campesino_a ist der spanische Begriff für Landarbeiter_in. Um den spezifischen Charakter derselben als politisches Subjekt anzuerkennen, wird im Folgenden auf eine Übersetzung dieses Begriffes verzichtet und der spanische Begriff verwandt.

³ El Espectador, Así quedó la ley de Zidres, 18.12.2015.

Meta in Zentralkolumbien erfolgen. Diese Fälle verdeutlichen die Verbindung zwischen der Anhäufung von Grundbesitz in Form des Landraubes, wie er in vielen Teilen der Welt und im Besonderen in Kolumbien stattfindet, und den ZIDRES.

Im globalen Kontext sind die ZIDRES vergleichbar mit dem in vielen Zivilrechtsordnungen vorhandenen Erbpachten, das Recht zur wirtschaftlichen Nutzung eines Grundstückes für eine gewisse Zeit gegen die Zahlung eines gewissen Geldbetrages. Auch dies ist eine Form, um Bodenlizenzen für einen auf bis zu hundert Jahre ausgedehnten Zeitraum zu materialisieren. Sowohl ZIDRES als auch Erbpachten sind Glieder einer Kette von Lizenzen und Anhäufung von Boden, die international als Land Grabbing bezeichnet werden.

Die ZIDRES manifestieren die Konzentration des Landes in den Händen Weniger in einem Maße wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Kolumbien. Wird diesem Weg der Bodenreform gefolgt, ist eine gerechtere rurale Entwicklung nicht absehbar.

Die Überwindung des Konfliktes

Durch den Konflikt wurden in seinem Verlauf bis zu 7 Millionen Menschen aus ihrem Umfeld vertrieben, von denen nicht alle in die großen Städte, sondern auch in unbesiedeltes Brachland gezogen sind und dieses besiedelt haben. Dadurch haben viele campesino_as versucht, der Gewalt zu entfliehen, ohne dem Konflikt je entkommen zu können. Aus diesem Grund hat sich kleinbäuerlicher Widerstand entwickelt: campesino_as, die sich weigern ihre Identität und ihr Land zu verlieren. Zahlreiche Organisationen von campesino_as treten in Kolumbien auf, die auf unterschiedliche Weise aber mit gemeinsamen Zielen agieren. Sie fordern Zugang zum Land, politischen Rechten und bessere Bedingungen für den lokalen Vertrieb ihrer Produkte. Im Kampf um ihre Menschenrechte bilden sie ihre politische Identität.

In Kolumbien sind die campesino_as ein fundamentaler Faktor in der nationalen Produktion. Ihre lange Geschichte der Organisation und des Kampfes wirkte sich fortwährend auf die Ausarbeitung von politischen Linien des ruralen Sektors aus: Insbesondere in Folge des Aufbaus von Zonas de Reserva Campesina (ZRC), geschützten Zonen für campesino_as. Die ZRC sind in dem Gesetz 160 von 1994 verankert worden, dessen sozialer, politischer und ökologischer Entstehungskontext mit der Einklagbarkeit und dem Kampf um Land und Grundbesitz verbunden ist. Ziel des Gesetzes ist die gerechte Verteilung des Landes an die Landarbeiter_innen und campesino_as.

Das zuständige Agrarministerium legt auf der Grundlage des Gesetzes bestimmte Naturreservate als ZRC fest und verpflichtet sich damit, Grundstückstitel in diesen Gebieten an campesino_as und nicht an Agrarkonzerne zu übereignen. Damit sind die ZRC als Rechtsinstitute ein Werkzeug, um den Grundbesitz zu beschränken und campesino_as und Siedler_innen in Zonen, die vom Absterben von Nationalparks und Reservaten bedroht sind, zu schützen. Der neoliberalen Marktlogik, die sich unter der neuen, sich in die globalisierte Marktwirtschaft einfügenden Verfassung von 1991 im Agrar- und Immobiliensektor etabliert hatte, sollten Schranken gesetzt werden. Die Einführung der ZRC war jedoch nur durch den Widerstand vieler campesino_as möglich. Beispielhaft für die historische Entstehung der ZRC ist die Organisation der campesino_as in San José del Guaviare im Jahr 1989. Sie forderten Garantien für den Parque Nacional Natural Serranía de la Macanera, die

Übereignung von Grundstückstiteln und Krediten. Ein Übereinkommen zwischen dem Staat und den Siedler_innen bezüglich der Begrenzung des Reservats, der Legalisierung seiner Besetzung und dem Einrichten eines Höchstmaßes an Landakkumulation wurde nach jahrelangen Verhandlungen geschlossen. Bedingung von Seiten des Staates war, dass die campesino_as alle Verantwortung für den Regenwald und den Ressourcenschutz übernehmen. Das Hauptinteresse der Regierung lag vordergründig darin, die Besetzung des Gebiets einzuschränken und gegen jede weitere Besetzung der campesino_as, die nicht durch das Übereinkommen geregelt war, gewaltsam vorgehen zu können.

Die Organisation der campesino_as und das Übereinkommen über die Serranía de la Macanera gelten als Präzedenzfall und wurden schließlich in dem Gesetz über die ZRC normativ festgehalten.

Einer Einschätzung des Instituto colombiano de desarrollo rural (INCODER, zu Deutsch: Kolumbianisches Institut für rurale Entwicklung) zufolge stellen die ZRC einen Fortschritt hin zu einer integralen, ländlichen Entwicklung dar. Die ZRC definieren sich als ein bestimmtes geographisches Gebiet mit Kolonisationsgeschichte, das vornehmlich aus Brachland und natürlichen Ressourcen, mit agrarökologischen und sozioökonomischen Charakteristika, besteht. Diese natürlichen Ressourcen bedürfen der Regulierung, Begrenzung und Ordnung des Eigentums mit dem Ziel, die kleinbäuerliche Wirtschaft zu stabilisieren und dadurch die Ursachen des bewaffneten Konfliktes, welche die Landbevölkerung unmittelbar betreffen, zu überwinden. In ihrem historischen Ursprung sind die ZRC ökologisch und sozial nachhaltig.

Es gibt in Kolumbien sechs ZRC, die alle in den Regenwaldgebieten liegen. In der Bergbauregion im Westen des Landes, wurden bislang keine ZRC eingerichtet. Diese Region mit der höchsten Bevölkerungsdichte ist am meisten von Verdrängung durch Bergbaukonzerne betroffen.

Zur Möglichkeit einer friedlichen Lösung

Der Grundbesitz und der Zugang zu Land sind die Hauptursachen des politisch-sozialen Konfliktes in Kolumbien. Heute befindet sich Kolumbien in einer Situation, in der die Möglichkeit der Überwindung des Konfliktes nicht ausweglos scheint: Gespräche mit den aufständischen Streitkräften eröffnen die Möglichkeit einer integralen Bodenreform und könnten somit zu Frieden und sozialer Gerechtigkeit für die kolumbianische Bevölkerung führen. Ein Frieden, der nur mit der Anerkennung der campesino_as als politischen und sozialen Rechtssubjekts einhergehen kann. In diesem Sinne erweisen sich die ZRC als ein Weg, um die historischen Gründe des Konfliktes zu überwinden.

Miguel Sánchez Samacá, Studierender der Sozialanthropologie, Academia de Humanismo Cristiano Santiago de Chile.

Aus dem Spanischen von Imke Rickert. Sie studiert Rechtswissenschaften in Berlin und Santiago de Chile.

Weiterführende Literatur:

Las Zonas de Reserva Campesina, una herramienta para la paz, Alfredo Molano, OXFAM, 14.05.2014, <http://prensarural.org/spip/spip.php?auteur3013> (Stand: 14.09.2014).

[http://www.oidhaco.org/?art=1597&lang=es&title=Tierra en Colombia –Entre despojo y negocio](http://www.oidhaco.org/?art=1597&lang=es&title=Tierra+en+Colombia+-Entre+despojo+y+negocio) (Stand: 14.09.2016).